

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 30. Juli 1954

Blatt 1380

Strombad Kritzensdorf wieder in Betrieb

=====

30. Juli (RK) Wie die städtische Bäderverwaltung mitteilt, wird das städtische Strombad Kritzensdorf nach Beseitigung der ärgsten Überschwemmungsschäden morgen Samstag, den 31. Juli, den Betrieb aufnehmen. Das Klosterneuburger Strandbad hat bereits vorigen Samstag seine Pforten geöffnet. Damit stehen den Wienern **wieder alle städtischen Bäder ohne Einschränkung zur Verfügung.**

- - -

Konzert im Belvedere-Garten

=====

30. Juli (RK) Montag, den 2. August, um 17.30 Uhr, findet im Oberen Belvedere-Garten ein Konzert der Wiener Konzertvereinigung unter dem Dirigenten Peter Traunfellner statt. Der Zutritt ist frei. Auf dem Programm stehen: Jubelouverture von Carl Maria von Weber, Erinnerung an Verdis Troubadour von Oskar Fetras, "Tanz der Stunden", Ballettmusik von Amilcare Ponchielli, Ballettmusik aus der Operette "Zarewitsch" von Franz Lehár, "Freikugeln" von Johann Strauß, "Frauenherz", Polka mazur von Josef Strauß, "Seid umschlungen Millionen", Walzer von Johann Strauß, "Künstlerleben", Walzer von Johann Strauß und "En carriere", Galopp von Karl Komzak.

- - -

Wiener Landtag

=====

30. Juli (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu der voraussichtlich letzten Sitzung vor den Wahlen zusammen. Von der ÖVP lag eine Anfrage vor.

Dienstrechtliche Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtretung

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über ein Gesetz, betreffend dienstrechtliche Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtretung auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes. Wie er ausführte, werden im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsgesetz verschiedene Probleme zu lösen sein; eines der schwierigsten, weil es Menschen betrifft, ist dabei die Personalfrage. Der Referent stellte fest, daß anlässlich der Rückführung der 1938 übernommenen Gebiete in das Land Niederösterreich die Rückführung des Personales, bei den betroffenen Bediensteten nicht gerade Begeisterung ausgelöst hat; ein Zeichen dafür, daß der Zustand in dienstrechtlicher Hinsicht für das Personal der Stadt Wien nicht schlecht und in vielen Fällen sogar günstiger ist.

Es muß natürlich vor allem die Pflicht der öffentlichen Körperschaften sein, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Bevölkerung am 1. September 1954 eine funktionierende Verwaltung vorfindet. Es gibt insofern Schwierigkeiten, als im Gesetz nicht klar festgelegt wurde, wer berechtigt ist, für die an Niederösterreich abzutretenden Gemeinden Vereinbarungen zu treffen. Nun werden 1.456 öffentliche Angestellte mit diesen Gebieten abzuwandern haben. Ein Teil von ihnen, die 1938 übernommen wurden, sind nicht mehr im aktiven Dienst. Man hat sie inzwischen durch andere Angestellte ergänzt. Nicht alle wohnen dort, wo sie ihren Dienst versehen. Wenn viele von ihnen jetzt den unter Umständen weiten Weg auf sich genommen haben, hatten sie doch das Gefühl, daß sie innerhalb der Gemeinschaft sind. Wenn aber die dienstrechtliche Trennung vollzogen wird, mag sich mancher gegen seinen Willen von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen sehen. Anderen wird vielleicht der Vertrag mit der großen Stadt Wien besser und sicherer erscheinen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Stadtrat Sigmund versicherte jedoch, daß dieses Gesetz nicht schablonenhaft angewendet werden soll, sondern die Grundlage und den Rahmen zur Durchführung einer überaus schweren

Arbeit bildet. Das Gesetz sagt, daß Beamte der Stadt Wien und auch Vertragsbedienstete, soferne sie behördliche Aufgaben zu besorgen haben, mit dem Zeitpunkt aus dem Personalstand der Stadt Wien ohne Einhaltung einer Frist ausgeschieden werden, mit dem sie in den Personalstand des Bundeslandes Niederösterreich oder einer sich auf dem abgetretenen Gebiet bildenden neuen Gemeinde in mindestens gleichwertiger dienstrechtlicher Stellung übernommen werden. Weigert sich jedoch der Bedienstete, so gilt diese Weigerung als Dienstesentsagung, bzw. bei einem Vertragsbediensteten als vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses. In diesem Fall erhält der Betreffende die ihm zustehende Abfertigung.

Das Gesetz soll so durchgeführt werden, daß es auf der einen Seite den Anforderungen der Bevölkerung entspricht, auf der anderen Seite aber auch den erworbenen Rechten der Angestellten Rechnung trägt. Dabei wird das Einvernehmen mit der Gewerkschaft gepflogen werden.

Abschließend ersuchte der Referent den Landtag, der Vorlage die Zustimmung zu geben und die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Durchführung des Gesetzes nicht im schlechten Sinne bürokratisch gemacht werden wird. Man werde vielmehr versuchen, der Vorlage menschlichen Inhalt zu geben.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) bedauert, daß die Bevölkerung der betroffenen Randgemeinden nicht selbst entscheiden kann, ob sie die Wiener oder die niederösterreichische Verwaltung wünscht. Der Kampf um das endgültige Schicksal der Randgemeinden dürfe am 1. September nicht aufhören. Fast kein Beamter sei mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Wien einverstanden. Dem Unrecht an der Bevölkerung werde nun ein neues Unrecht an den Beamten hinzugefügt. Auf Grund dieses Gesetzes können Beamte und Vertragsbedienstete unter Bruch des öffentlichen Dienstverhältnisses aus dem Dienst der Stadt Wien ausgeschieden werden, wenn sie von Niederösterreich oder einer Gemeinde übernommen werden. Es mache aber einen entscheidenden Unterschied, ob jemand im Dienst dieser Stadt oder einer kleinen Gemeinde stehe. Besonders im Besoldungsrecht würden sich für die Betroffenen Nachteile ergeben. Der Redner beantragt, daß auf dem neuen Dienstplatz nicht nur die gleichwertige dienstrechtliche, sondern auch die gleiche besoldungsrechtliche Stellung gegeben sein müsse. Er gibt der Befürchtung Ausdruck, daß zum Zwecke der Aus-

scheidung von Bediensteten noch rasch Versetzungen in die abgetrennten Gebiete erfolgen könnten, und schlägt entsprechende gesetzliche Sicherungen vor. Gestrichen werden sollte die Bestimmung der Gesetzesvorlage, daß jüngere Bedienstete allein deswegen ausgeschieden werden können, weil sie noch nicht 35 Jahre alt sind. Hingegen sollte man den Wunsch eines Bediensteten auf Ausscheidung entsprechend berücksichtigen. Ein weiterer Zusatzantrag will die Mitwirkung der Gewerkschaft sicherstellen.

Die Ausscheidung definitiver Beamter gegen ihren Willen bedeute eine Verletzung aller Grundsätze des öffentlichen Dienstrechtes. Der Redner fordert in einem Beschlußantrag, die Ausscheidung von definitiven Beamten nur dann vorzunehmen, wenn sie sich ausdrücklich einverstanden erklären.

Mit Annahme der angeführten Abänderungsanträge würden dem harten Gesetz, das die Existenz von 1.500 Menschen berührt, die ärgsten Giftzähne ausgebrochen. Der vorliegenden Form des Gesetzes, die durch nichts zu rechtfertigen sei, könne seine Fraktion nicht die Zustimmung geben.

Stadtrat Sigmund verwahrte sich in seinem Schlußwort gegen die von Dr. Altmann im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsgesetz ausgesprochenen Verdächtigungen, wonach die Gemeinde Wien eine Schädigung der Bediensteten beabsichtige. Die dienstrechtlichen Maßnahmen anlässlich der Gebietsabtrennung wurden gemeinsam mit der Gewerkschaft ausgearbeitet. Auch die Durchführung des Gesetzes wird im Einvernehmen mit der Gewerkschaft erfolgen. Diese gemeinsame Arbeit bietet die Gewähr, daß nach menschlichem Ermessen den Interessen jedes einzelnen Rechnung getragen wird. Abschließend dankte der Stadtrat den Gewerkschaften für die loyale Mitarbeit und ersuchte den Landtag um Annahme des Gesetzes. Die von Dr. Altmann vorgebrachten Anträge empfahl er abzulehnen. Bei der Abstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen des Linksblockes in erster und zweiter Lesung angenommen.

Aufhebung reichsdeutscher Vorschriften

Stadtrat Afritsch (SPÖ) referierte über den Entwurf des Magistrates, betreffend die Aufhebung einiger ehemaliger deutscher Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Baurechtes. Er verwies darauf, daß es sich um eine Reihe von Rechtsvorschriften handelt, die im

Jahre 1939 in Österreich eingeführt wurden und nur formelle Bedeutung hatten. Aufgehoben werden: die Verordnung über die Regelung der Bebauung vom 15. Februar 1936, Deutsches RGBl. I, S.104, die Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren vom 29. Oktober 1936, Deutsches RGBl. I, S.933, die Verordnung über Baugestaltung vom 10. November 1936, Deutsches RGBl. I, S.938, die Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten vom 8. November 1937, Deutsches RGBl. I, S.1177, die Verordnung zur Einführung von Vorschriften auf dem Gebiete des Städtebaues und des Wohnungs- und Siedlungswesens im Lande Österreich vom 28. Februar 1939 sowie die Verordnungen über die Belichtung und Belüftung von Stallungen.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) begrüßte die Aufhebung ehemaliger deutscher Rechtsvorschriften. Er hoffe jedoch, daß die Landesregierung auch weitere noch aus der nationalsozialistischen Ära bestehenden Vorschriften aufheben werde. Im Zusammenhang damit bemängelte er, daß die Zeit zur Vorberatung der Gesetze für die Abgeordneten zu kurz gewesen sei.

Stadtrat Afritsch sagte im Schlußwort, daß im allgemeinen die Gesetzentwürfe rechtzeitig zur Vorberatung eingebracht werden. In diesem Falle handelt es sich aber um Gesetze von minderer Bedeutung. Er verwies dann auf die Absicht, schrittweise auf anderen Gebieten noch bestehende deutsche Rechtsvorschriften durch österreichische zu ersetzen, wobei auch an eine Generalnovellierung der Bauordnung gedacht ist.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz über die Aufhebung der ehemaligen deutschen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Baurochtes in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Auslieferungsbegehren

Abg. Mistingger (SPÖ) referierte dann über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur Verfolgung der Landtagsabgeordneten Maria Jacobi wegen Verdachtes des Vergehens nach dem Urhebergesetz sowie gegen einen Paragraphen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Der Landtagsabgeordneten wird angelastet, daß sie als verantwortliche Redakteurin einer Modezeitschrift durch die Veröffentlichung eines Photos das Urheberrechtsgesetz verletzt habe. Auf Wunsch der Abgeordneten stellte der Referent den Antrag,

dem Auslieferungsbegehren stattzugeben.

Der Landtag stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Damit war die Tagesordnung erledigt und Präsident Marek schloß die Sitzung.

- - -

Ehrenmedaille für zwei Professoren
=====

30. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat vor einigen Wochen die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt an die Universitätsprofessoren Dr. August Reuss und Hofrat Dr. Alfred Wolfgang Wurzbach beschlossen. Die Auszeichnungen wurden heute vormittag im Wiener Rathaus den verdienten Persönlichkeiten durch Bürgermeister Jonas überreicht. Dem feierlichen Akt wohnten auch Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Koci, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Magistratsdirektor Dr. Kinzl bei. Unter den Festgästen befanden sich prominente Persönlichkeiten der Wissenschaft, mit Rektor Prof. Schönbauer an der Spitze.

Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl leitete mit einer Rückschau auf das Wirken der beiden Professoren ein. In beiden Fällen gab die Erreichung des 75. Lebensjahres den äußeren Anlaß zur Ehrung. Univ. Prof. Dr. August Reuss hat sich besondere Verdienste auf dem Gebiet der Kinderheilkunde erworben. Nach Beendigung der Universitätsstudien in Wien wurde er 1908 Assistent an der Wiener Universitätsklinik unter Escherich und Pirquet, die die Wiener Kinderheilkunde zu einer glanzvollen Blüte gebracht hatten. 1914 habilitierte sich Reuss als Privatdozent an der Wiener Universität. Nach dem ersten Weltkrieg erhielt er eine Abteilung an der Wiener Allgemeinen Poliklinik und übernahm 1925 die Kinderabteilung des Franz Josef-Spitals in Wien. 1929 erhielt er eine Berufung als Vorstand der Universitätskinderklinik in Graz, fünf Jahre später kehrte er aber nach Wien zurück und übernahm die Stelle des Direktors der städtischen Kinderklinik. Eine Reihe neuer Einrichtungen ist allein seiner Initiative, Energie und Organisationsgabe zu danken; so die Heranbildung des Nachwuchses hervorragender Kinderpflegerinnen, die Errichtung einer Muttermilchsammelstelle, die Gründung der Neugeborenenstation an den Wie-

ner städtischen Entbindungsanstalten. Vor fünf Jahren erhielt er die Lehrkanzel der Universitätsklinik in Wien. Er führte das Erbe Pirquets weiter, dessen Werk mit größtem sozialen Verständnis und von den Fachleuten der ganzen Welt anerkannt wird.

Univ.Prof.Hofrat Dr. Wurzbach ist zugleich auf drei Gebieten hervorragend hervorgetreten: als Lehrer, als wissenschaftlicher Schriftsteller und als Sammler. Als Professor an der Wiener Universität hat er Generationen von Studenten für das Lehramt in Französisch und Italienisch ausgebildet. Außerdem war Wurzbach als Volksbildner sehr beliebt und hat besonders in den Jahren 1920 bis 1938 im Wiener Volksbildungsverein eifrig gewirkt. Wurzbach ist ein international bekannter Sammler von Büchern, Autographen, Porträts und historischen Medaillen. 1938 wurde Prof. Wurzbach als Hochschullehrer zwangspensioniert, nach Kriegsende aber wieder an seine Lehrkanzel zurückberufen. 1947 erhielt er von der Französischen Regierung das Ritterkreuz der Französischen Ehrenlegion. Er ist Hofrat und Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften.

Bürgermeister Jonas nahm die Verleihung der Ehrenmedaillen vor. Er würdigte in seiner Ansprache das umfangreiche Lebenswerk der beiden Gelehrten, die stets mit unermesslicher Kleinarbeit verbunden war. Auch wenn die Leistungen der beiden Männer auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft vollbracht wurden, haben sie im gleichen Maße zur Mehrung des Ansehens Wiens beigetragen. Die hohe Auszeichnung ist der sichtbare Ausdruck der Anerkennung unserer Stadt für ihre rühmlichen Verdienste. Der Bürgermeister beglückwünschte beide Professoren im Namen der Stadtverwaltung.

Prof. Wurzbach dankte in seinem, wie auch im Namen Prof. Reuss für die Würdigung ihrer Tätigkeit, die sie, wie er versicherte, auch weiterhin mit Freude zum Wohle der geliebten Vaterstadt fortsetzen werden.

- - -

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge
=====

30. Juli (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 5. Juli von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim nach Tandalir bei Radstadt gekommen sind, am Samstag, dem 31. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 21.30 Uhr, vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

- - -

Pferdemarkt vom 29. Juli
=====

30. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 10 Pferde, davon 7 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 10 verkauft.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 6, Steiermark 2, Kärnten 2.

- - -

Ferkelmarkt vom 28. Juli
=====

30. Juli (RK) Aufgebracht wurden 230 Ferkel, verkauft wurden 159. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 236 S, 6 Wochen 285 S, 7 Wochen 304 S, 8 Wochen 341 S, 9 Wochen 376 S, 10 Wochen 430 S, 12 Wochen 450 S.

Der Marktbetrieb war ruhig.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

30. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an die Sitzung des Landtages zusammen. Vom Linksblock lagen fünf Anfragen vor. Folgende Anträge wurden eingebracht: Vom Linksblock ein Antrag, betreffend "Vergabe der Wohnungen in den neuen Gemeindewohnbauten Am Wiener Feld an die Bewohner der am meisten überbelegten Wohnungen in der Siedlung Wiener Feld"; betreffend "Ausbau des sogenannten Flössler-Teiches am Laaer Berg im 10. Bezirk zu einem Freibad"; betreffend "Errichtung eines städtischen Kindergartens und eines Kinder- und Jugenspielplatzes in der Siedlung Wiener Feld im 10. Bezirk"; betreffend "Ausdehnung des Geltungsbereiches der Wochenkarten der Wiener städtischen Straßenbahnen auf die städtische Autobuslinie 31"; betreffend "Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahnlinie 165"; betreffend "Sofortige Wiederaufnahme des Verkehrs auf der sogenannten Ländebahn in der Strecke Hütteldorf-Schwechat"; betreffend "Errichtung eines öffentlich zugänglichen Kinder- und Jugenspielplatzes im Unteren Augarten im 2. Bezirk"; betreffend "Wiederaufbau der Czerninschule im 2. Bezirk"; betreffend "Wiedererrichtung der Straßenbahnhaltestelle beim Hause Wien 2, Lassallestraße 36"; betreffend "Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für das Gebiet Am Schüttel im 2. Bezirk"; betreffend "Errichtung einer städtischen Badeanlage mit Kinderspielplatz und Kinderfreibad an der Brigittenauer Lände im 2. Bezirk"; betreffend "Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds". Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung überwiesen. Ferner wurde vom Linksblock eine Anfrage, betreffend "Maßnahmen, die das monatelange Leerstehen von Gemeindewohnungen verhindern sollen" eingebracht und dazu der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

./.

Hilfe für die Hochwasseropfer

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte einen Antrag auf nachträgliche Genehmigung von 500.000 Schilling, die für Hilfsmaßnahmen anlässlich der Hochwasserkatastrophe vom Stadtsenat bereits bewilligt wurden. Wie er ausführte, hat das städtische Wohlfahrtsamt unverzüglich, als die Hochwassergefahr bedrohlichen Umfang annahm, Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Für die Evakuierten wurde eine Ausspeisungsaktion ins Leben gerufen und täglich bis zu 900 Personen ausgespeist. In den bedrohten Gebieten wurden überall Schulen für die Unterbringung der Evakuierten eingerichtet. Gegenwärtig sind Erhebungen über den Umfang der Schäden im Gange, auch eine Hausratshilfe ist geplant. Für die Behebung der Schäden werden Beträge benötigt, die heute noch nicht genau angegeben werden können. Daher liegt dem Gemeinderat ein Antrag vor, vorläufig 500.000 Schilling zu genehmigen.

Der Referent weist in diesem Zusammenhang auf die Spende der Stadt Wien von einer Million Schilling für die Hochwasseropfer hin, ferner auf die Kosten des Hochwassereinsatzes der Magistratsabteilung 29, die 2,9 Millionen Schilling betragen. 750.000 Schilling wurden außerdem der Donauhochwasserschutzkonkurrenz zur Verfügung gestellt und weitere 781.000 Schilling für diese Institution, um dringende Arbeiten durchzuführen.

Vizebürgermeister Honay dankte im Namen der Stadt Wien allen freiwilligen Hilfskräften und den Beamten, die Tag und Nacht ausgeharrt haben, um die große Gefahr von Wien abzuwenden (Beifall).

GR.Dr.Ing.Hengl (ÖVP) weist besonders auf die Schäden hin, die die Landwirtschaft in Wien erlitten hat und dankt gleichfalls allen, die bei der Hochwasserkatastrophe mitgeholfen haben (Beifall bei der ÖVP). Der Redner gab im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag, betonte jedoch, daß die heute bewilligte Summe nur ein Anfang sein könne. Als Kritik bringt Dr.Hengl vor, daß die Erhebungen zu rasch und ungenau erfolgt seien. Im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vor drei Jahren in Liesing ersucht er ferner, gleichmäßig für Hilfe zu sorgen und regt an, in der nächsten Zeit dafür Vorsorge zu treffen, daß die Schutzbauten auf den modernsten Stand gebracht werden.

Vizebürgermeister Honay weist im Schlußwort darauf hin, daß das Nationalkomitee für die ersten Erhebungen einen sehr kurzen Termin gesetzt habe. Ferner betont er, daß die Fachleute bereits zusammengetreten sind, um wegen der Donaudämme das Nötige zu veranlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Schulbau in Hirschstetten

Über den Zubau zu der Hauptschule Hirschstetten referierte StR. Thaller (SPÖ). Seit dem Bau dieser Hauptschule ist, wie der Referent ausführte, durch die Vergrößerung des Wohngebietes in der Umgebung die Schule zu klein geworden. Daher ist ein Zubau von acht Klassen vorgesehen, die in einem viergeschossigen Trakt untergebracht werden sollen. Die Kosten betragen 3,5 Millionen Schilling, davon werden heuer noch eine Million verbaut.

GR. Hausner (LBl.) stimmt dem Antrag des Referenten zu, kritisiert jedoch, daß schon bei der Errichtung der Schule in diesem Gebiet diese nicht genügt. Der Linksblock hat damals bereits auf die Unzulänglichkeit hingewiesen. Er verlangt, daß die Erhebungen über den Schulbedarf mit mehr Sorgfalt durchgeführt werden. Schließlich stellt der Redner den Antrag, in Neu-Kagran eine Volks- und Hauptschule zu errichten.

Nach dem Schlußwort von Stadtrat Thaller wird der Antrag des Stadtsenates einstimmig angenommen. Der Antrag des Linksblockes wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die neue Schwedenbrücke

Stadtrat Thaller (SPÖ) berichtet hierauf über den Wiederaufbau der Schwedenbrücke. Der Gemeinderat hat schon im Dezember des vorigen Jahres den Wiederaufbau grundsätzlich beschlossen. Glücklicherweise konnte die Marienbrücke ohne besondere Verspätung fertiggestellt werden. Es ist zu hoffen, daß auch die Rotundenbrücke, wie geplant, noch im heurigen Jahr dem Verkehr übergeben werden kann. Damit ist die Zeit gekommen, an den Neubau der Schwedenbrücke heranzugehen.

./.

Die neue Schwedenbrücke wird fast 27 Meter breit sein, das ist um etwa 3 Meter breiter als die derzeitige Brücke. Sie wird beiderseits Gehsteige von je 4 Meter Breite haben. Das Tragwerk ist für schwerste Verkehrslasten bemessen. Die neue Brücke wird im übrigen nicht genau in derselben Lage wie die alte Brücke gebaut, sie wird eine kleine Verschwenkung erfahren und auf dem Leopoldstädter Ufer etwa um 40 cm tiefer gelegt werden, um die steile Rampe zur Abfahrt in die Praterstraße etwas zu mildern.

Auf Grund der Ausschreibung wurden von 10 Firmen 25 verschiedene Projekte eingereicht. Die Gemeindeverwaltung entschied sich für ein Projekt der Firma Auteried in Stahlbeton. Es handelt sich dabei um die erste Spannbetonbrücke in Österreich. Das Spannbetonverfahren hat gegenüber dem Schlaffbeton, wie er bei der Marienbrücke verwendet wurde, den Vorteil, daß Rißbildungen im Beton fast zur Gänze vermieden werden.

Die Kosten des Wiederaufbaues der Schwedenbrücke, die ursprünglich mit 12 Millionen Schilling vorgesehen waren, werden sich insgesamt nur auf 7,7 Millionen Schilling belaufen. Die Baurate für das heurige Jahr soll 1,4 Millionen Schilling betragen. Mit der Abtragung der alten Brücke wird noch heuer begonnen, die neue Brücke wird vielleicht schon im Laufe des nächsten Jahres fertig sein.

GR. Dr. Altmann (LBl.) anerkennt, daß die Donaubrücken relativ rasch und in befriedigender Weise neu errichtet wurden. Es sei zu hoffen, daß die neue Schwedenbrücke allen Anforderungen genügen werde. Dies sollte aber auch ein Ansporn zur Lösung der nicht minder bedeutenden Aufgabe einer neuen Verkehrsverbindung zwischen den inneren Bezirken Wiens und Floridsdorf sowie Stadlau sein.

Stadtrat Thaller versicherte in seinem Schlußwort, daß das Bauamt der Gemeinde mit den Bundesbahnen in ständiger Fühlung wegen des Baues der Schnellbahn stehe, die den Süden mit dem Norden Wiens verbinden soll. Auch über die Nordbahnbrücke sei dabei beraten worden. Diese Planungen erfordern aber viele Überlegungen. Es werde jedenfalls emsig an den Plänen gearbeitet und es werde versucht, für dieses Verkehrsproblem bald eine entsprechende Lösung zu finden.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.

Sodann erhält GR. Maller (LBl.) das Wort zur Begründung der dringlichen Behandlung einer Anfrage, betreffend Maßnahmen, die das monatelange Leerstehen von Gemeindewohnungen verhindern sollen.

Der Redner erklärt dabei, daß zirka 30 Prozent der neugebauten Wiener Gemeindewohnungen mehrere Monate leerstehen.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage wird gegen die Stimmen des Linksblocks und der WdU abgelehnt. Die Beantwortung der Anfrage wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Bilanz einer Funktionsperiode

Bürgermeister Jonas ergriff hierauf das Wort zu einem Rechenschaftsbericht. Er führte aus: "Wir sind am Schlusse der heutigen Verhandlungen angelangt. Diese Sitzung wird voraussichtlich die letzte des gegenwärtigen Gemeinderates sein, sodaß wir seine Funktionsperiode im Hinblick auf die für den 17. Oktober festgesetzte Neuwahl im wesentlichen als abgeschlossen betrachten dürfen.

Wenngleich die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß in der Zwischenzeit unvorhergesehen noch ein weiterer Zusammentritt erforderlich werden könnte, so will ich doch schon diese Sitzung zum Anlaß eines kurzen Rückblickes nehmen.

Erinnern wir uns, in welchem Zustande sich unsere Stadt noch am Beginne der jetzigen Wahlperiode befunden hat: Ohne die fast übermenschlichen Anstrengungen in den Jahren 1945 bis 1949 hätte das erschütternde Elend der ersten Nachkriegszeit niemals in solchem Maße überwunden werden können, als dies unter namenlosen Schwierigkeiten dennoch geschehen ist. Aber trotzdem stand der Wiener Gemeinderat auch noch am Beginn seiner zweiten Funktionsperiode vor gigantischen Aufgaben. Noch immer mußten Lebensmittel bewirtschaftet werden und noch immer herrschte ungemein empfindlicher Mangel an allen Baustoffen, die für den Wiederaufbau unseres Wohnungs- und Verkehrswesens, unserer Betriebe, Schulen, Spitäler und aller sonstigen vielen Einrichtungen dringend nötig waren.

Wenn wir heute auf die Tätigkeit während dieser zweiten Wahlperiode zurückblicken, so können wir mit ruhigem Gewissen und dem berechtigten Gefühl der Genugtuung feststellen, daß besonders diese zweite Etappe des Wiener Wiederaufbauwerkes von weithin sichtbaren Erfolgen gekrönt worden ist und jeden Vergleich mit anderen Städten aushält.

In der Wasser-, Gas- und Stromversorgung, im städtischen Verkehrswesen, in der Kanalisation, an den Straßen und Brücken, in der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und an der öffentlichen Beleuchtung, auf den Märkten und Schlachthöfen, an den städtischen Wohnbauten, Amtsgebäuden und Anstalten sind die Kriegsschäden zugleich mit vielen Zeitschäden fast völlig behoben. Alle diese öffentlichen Einrichtungen haben zusätzlich eine sehr beträchtliche Erweiterung und Leistungssteigerung nach modernen Gesichtspunkten erfahren.

Dasselbe gilt von unseren Schulen, Kindergärten und Spitälern, vom Gesundheits- und Veterinärdienst, von unseren vielverzweigten Fürsorgeeinrichtungen, von unserer Feuerwehr und dem Rettungsdienst, von den Bädern, Spielplätzen, Sport- und Parkanlagen.

Auch auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung ist ein sichtbarer Wiederaufstieg zu erkennen und der Grund zu neuen Leistungen gelegt. Für diese gesteigerten Leistungen zeugen die jährlichen Festwochen, und sie drücken sich auch im Bau des Städtischen Museums und der Wiener Stadthalle aus.

31.000 neue Wohnungen

Der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen hat bei der Beratung des Budgets für das Jahr 1950 berichtet, daß bis zum Ende des Jahres 1949 von der Gemeinde Wien 1.472 Wohnungen gebaut wurden. Bei dem heutigen Rückblick auf die ablaufende Funktionsperiode kann ich dem Hohen Gemeinderate berichten, daß sich diese Zahl bis Ende 1954 auf mehr als 31.000 erhöhen wird (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU). Bis zu diesem Zeitpunkt werden für den sozialen Wohnungsbau innerhalb dieser Wahlperiode mehr als zwei Milliarden Schilling ausgegeben worden sein. Außer den neu erbauten Wohnungen wurden nicht weniger als 6.000 zerstörte Gemeindewohnungen wieder aufgebaut. Wir dürfen mit vollem Recht feststellen, daß diese Bauleistungen ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot und ein entscheidender Faktor der Arbeitsbeschaffung geworden sind. Wenn wir bedenken, daß Ende Juni noch weitere 11.765 neue Wohnungen bereits im Bau waren und wenn ich der Bevölkerung namens des Gemeinderates das Versprechen abgeben

kann, daß die Gemeinde Wien ihre Wohnbautätigkeit auch in den kommenden Jahren unentwegt fortsetzen wird, so dürfen wir alle durchaus die Hoffnung schöpfen, daß wir in abschbarer Zeit doch von der Geißel der drückenden Wohnungsnot befreit sein werden (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU).

Ich glaube, daß in diesen seit 1949 vollbrachten Leistungen, die greifbar vor jedermanns Augen stehen, ein eindrucksvoller Rechenschaftsbericht über die nun ablaufende Funktionsperiode des Gemeinderates zu erblicken ist, die im Zeichen der gemeinsamen Arbeit der beiden großen Parteien stand, welche 85 Prozent der Wiener Bevölkerung vertreten.

Dank an die Bevölkerung

Ich danke Ihnen, meine Frauen und Herren des Gemeinderates, dafür, daß Sie durch Ihre Beratungen und Beschlüsse die Grundlagen für dieses Werk geschaffen haben; ich danke allen Angestellten und Arbeitern, die zur Ausführung dieser Beschlüsse mit ihren besten Kräften beigetragen haben; ich danke dem gesamten Wiener Volk, dessen Verständnis und Opferwillen vom Gelingen dieses Aufbauwerkes nicht zu trennen sind.

Ich glaube **aber**, auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich in herzlicher Dankbarkeit vor allem meines Amtsvorgängers gedenke, unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten Theodor Körner, der in den beiden ersten Jahren der nun ablaufenden Wahlperiode mit seinem festen Gestaltungswillen noch **an** der Spitze der Wiener Stadtverwaltung stand (Beifall).

Abschied von den Randgemeinden

Es ist ein geschichtlicher Zufall, daß mit dem Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode der Austritt der sogenannten Randgemeinden aus dem Wiener Gemeindeverband erfolgt. Der Wiener Gemeinderat soll daher die heutige Sitzung zum Anlaß nehmen, um die Randgemeinden zu verabschieden. Diese Gebiete wurden im Jahre 1938 bei der Schaffung Groß-Wiens mit uns kommunal verbunden.

Nach den Beschlüssen des Nationalrates und der Landtage von Niederösterreich und Wien im Jahre 1946 werden die meisten Randgemeinden am 1. September wieder als selbständige Gemeinden konstituiert und in den Bereich des Landes Niederösterreich zurückkehren.

Diese Gebiete sind zu einer unglücklichen Zeit an Wien gefallen; in einer Zeit der Diktatur und des Krieges, die jede demokratische Entfaltung erstickte und jede kommunale Fortentwicklung unterband. Nur Zerstörungen waren das Ergebnis jener Periode. Erst seit der Wiedererrichtung der zweiten Republik haben die Randgebiete Anteil nehmen können an den Früchten der demokratischen Verwaltung. Diese Früchte waren für uns Alle, auch für die Bewohner des alten Stadtgebietes anfangs nur spärlich, doch sie vermehrten sich für uns alle, auch für die Bewohner der Randgebiete, je mehr die Kriegsfolgen überwunden wurden.

Ich darf mit gutem Fug und Recht feststellen, daß die demokratische Stadtverwaltung Wiens es jederzeit als eine ihrer vornehmsten Pflichten hielt, den Randgebieten die gleiche Obsorge und Betreuung angedeihen zu lassen, wie dem alten Stadtgebiet. Sie hat dort Leistungen vollbracht und Werke geschaffen, die die Erinnerung an die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Bundeshauptstadt für dauernde Zeiten festhalten werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Daß die Randgebiete keine Vertretung im Wiener Gemeinderat besaßen und auch keine freigewählten Bezirksvertretungen bilden konnten, war gewiß ein schwerer Mangel, lag aber keinesfalls in den Absichten Wiens. Umso herzlicher ist mein Dank an die Herren Bezirks- und Ortsvorsteher der nun abgetrennten Gebiete für die wertvolle Mitarbeit, welche sie in schweren Zeiten für ihre Mitbürger geleistet haben.

Mit der jetzigen Rückkehr nach Niederösterreich endet eine 16jährige Periode, in der die Bewohner dieses Gebietes in Freud und Leid mit Wien verbunden waren. Diese kommunale Verbundenheit löst sich jetzt auf; fortbestehen bleibt jedoch die wirtschaftliche Verflechtung mit Wien und vor allem die menschliche Verbundenheit. Und ich glaube, daß es letzten Endes doch das beste Zeugnis für die Gemeinde Wien ist, daß die Bewohner der Randgemeinden von ihr nur sehr ungern Abschied nehmen. Es ist mir und gewiß auch Ihnen, meine Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, eine Herzenssache, die gesamte Bevölkerung der nun wieder selbständig wer-

denden Gemeinden unserer ungeschmälerten Freundschaft zu versichern. Es ist ja kein wirklicher Abschied, wenn Glieder eines bisher gemeinsamen Haushaltes diesen als gute Freunde verlassen und nebenan, so Tür an Tür, ihren eigenen Hausstand begründen. Ich wünsche den wiedererstehenden Gemeinden Glück und Gedeihen für alle Zukunft. (Beifall.)

Die Aufgaben des neuen Gemeinderates

Der neue Wiener Gemeinderat, der aus den Wahlen am 17. Oktober hervorgehen wird, wird ein räumlich engeres, in sachlicher Hinsicht aber ein ebenso reiches Tätigkeitsfeld wie bisher vorfinden, und sich auf dieses umso fester konzentrieren. In den vergangenen Jahren konnten dank dem Zusammenwirken aller Kräfte viele schwierige Probleme gelöst werden. Trotzdem harren noch manche wichtige Aufgaben ihrer Erfüllung.

Da der Wiederaufbau Wiens noch nicht abgeschlossen ist und außerdem unsere raschlebige Zeit immer wieder neue Probleme schafft, wird auch den neuen Gemeinderat ein reiches Pensum an Arbeit erwarten. Auch er wird gewaltige Aufgaben vorfinden, die zwar schwierig, aber auch dankbar sind und nur im Geiste des menschlichen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit gelöst werden können. Mein Wunsch an den kommenden Gemeinderat ist, daß er zu noch höheren Erfolgen gelange, damit das Leben der Wiener ein immer reicheres, schöneres und gesünderes werde. Das ist ja der tiefste Sinn jeder wahren Demokratie: Daß sie für Alle da ist, alle Interessen gegenseitig abwägt und ausgleicht, die soziale Gerechtigkeit anbahnt und vor allem dem Volke die Möglichkeit gibt, seine Zukunft selbst zu meistern.

Im unverbrüchlichen Glauben an die Demokratie gebe ich beim heutigen Anlaß von neuem der allgemeinen Hoffnung Ausdruck, daß in dieser von Spannungen erfüllten Welt endlich die Vernunft und die Gerechtigkeit zur Geltung kommen und unserem leidgeprüften Lande endlich die volle, längstverdiente Freiheit gegeben wird. - Glücklicherweise der Wiener Gemeinderat, der einst in diesem Saale das höchste Ereignis der Bundeshauptstadt, den Freiheitsmorgen über Österreich, begrüßen kann! (Beifall.) - Ihnen, meine Frauen und Herren, war dies nicht gegönnt; ich wünsche dieses wahrhaft erhebende Erlebnis dem künftigen Gemeinderat!

Nur eine knappe Spanne Zeit trennt uns von den nächsten Wahlen zum Gemeinderat, die über den Geist und die Richtung der Stadtverwaltung entscheiden werden. - Möge der in der Demokratie unvermeidliche, aber gesunde Wettstreit der Meinungen, aus dem sich in friedlicher Weise der Wille des Volkes formt, im allgemeinen Interesse ein möglichst kurzer und sachlicher sein. Die Träger widerstreitender Meinungen werden sich schließlich zur Fortsetzung des kommunalen Aufbau- und Neugestaltungswerkes ebenso zusammenfinden müssen, wie Sie sich, meine Frauen und Herren, im Dienst an dieser von uns allen geliebten Stadt zusammengefunden haben. - Als bishoriger Bürgermeister und Vorsitzender des Gemeinderates sage ich Ihnen auch für dieses verständnisvolle Zusammenwirken aufrichtigen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen, meine Frauen und Herren, verdiente Erholung für Ihr Wirken im beruflichen und im öffentlichen Leben. - Für alle, die nach vollzogener Neuwahl nicht mehr als Volksvertreter in das Rathaus einzichen sollten, wird es eine bleibende Ehre sein, in dieser erfolgreichen Periode mitgewirkt zu haben am Wiener Aufbauwerk. - Alle, die sich wieder als Gewählte in diesem Saale finden werden, bitte ich namens der Wiener schon heute, das große Aufbauwerk, das dem ganzen Volke dienen soll, fortzusetzen - zum Blühen und Gedeihen unserer Vaterstadt. (Langanhaltender Beifall des gesamten Gemeinderates.)

Schluß der Sitzung um 14.45 Uhr.

- - -

Teilweise Aufhebung der Sperre in der Lobau
=====

30. Juli (RK) Fußgänger und Radfahrer können ab Samstag, den 31. Juli, wieder alle markierten Wege in der städtischen Lobau benützen, mit Ausnahme der grünen Markierung zwischen Schrödertor und Fasangarten sowie den Eingang bei der Uferhausfurt in Groß-Enzersdorf.

Für Kraftfahrer ist das Befahren der durch allgemeine

30. Juli 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1398

Fahrverbotstafeln gekennzeichnete Teile der Lobau verboten; nur die Zufahrt bis zum Badeplatz Panozzalacke über Hubertusdamm und zum Badeplatz Donau - Oder-Kanal II über Groß-Enzersdorf - Uferhausfurt ist gestattet. Die Uferhausfurt kann noch nicht freigegeben werden.

- - -

Stromstörung im Umspannwerk Fünfhaus

=====

30. Juli (RK) Infolge eines Kurzschlusses in der 5.000-Volt-Anlage im Umspannwerk Schmelz wurde heute, um 12.06 Uhr, das von diesem Werk versorgte Netz spannungslos. Nach Vornahme entsprechender Umschaltungen konnten die gestörten Teile wieder bis 12.10 Uhr zugeschaltet werden. Der Straßenbahnbetrieb im betroffenen Gebiet war bloß vier Minuten unterbrochen.

- - -